

Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser, GFL/Nadia Omar, GFL): Zweirad-Parkplatz Konzept für die Stadt Bern

Wie aus der Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation Fraktion GFL/EVP (Nadia Omar/Daniel Klauser, GFL): Zweirad-Parkplatz-Konzept der Stadt Bern, vom 4. Juni 2009 zu entnehmen ist, existiert in der Stadt Bern weder ein Zweirad-Parkplatz-Konzept, noch sind grundsätzliche Überlegungen zu Standorten und Anzahl Zweirad-Parkplätzen erkennbar. Eine Orientierung nach dem Bedarf, begründet durch Analysen der mit zwei Rädern zurückgelegten Wege oder ein aktiver Einbezug von Arbeitgebern fehlt mehrheitlich.

Da Platz und in besonderem Masse Parkplätze in der Stadt Bern ein knappes Gut sind, können wir uns ein konzeptloses Vorgehen nicht leisten. Gerade was den Berufsverkehr anbelangt bildet der Zweiradverkehr neben dem öffentlichen Verkehr eine wichtige Alternative zum Auto. Allerdings fehlt es in Gebieten mit hoher Arbeitsplatzdichte an der nötigen Zahl von Abstellplätzen. Die bisherige Praxis des Einbezugs der Quartierleiste genügt in dieser Angelegenheit nicht.

Velos sind aus ökologischen Gründen gegenüber Motorfahrrädern klar zu bevorzugen, allerdings verwischen sich mit dem Boom der Elektrovelos die Konturen zwischen Fahrrädern und Motorfahrrädern immer mehr. Zudem belegen Motorfahrräder häufig Veloparkplätze. Es drängt sich daher auf, dass sich ein Konzept nicht nur auf Velos beschränkt, sondern alle Zweiräder miteinbezieht.

Wir fordern den Gemeinderat daher auf, ein gesamtstädtisches Zweirad-Parkplatz-Konzept zu erarbeiten, das insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt:

1. Ermittlung aktueller Bestand nach Quartieren aufgeteilt
2. Ermittlung des heutigen und künftigen Bedarfs unter Einbezug von Wegmodellen und Arbeitsplatzstandorten
3. Vereinfachtes Eingabeprozedere und klar definierte Zuständigkeiten von Seiten Verwaltung
4. Definition der Prozesse zur Lösungs- und Entscheidungsfindung unter Einbezug der Gesuchstellenden, der Bodenbesitzer, der Verkehrsplanung und des Tiefbauamtes
5. In einer ersten Phase ein proaktives Zugehen von Seiten Stadt auf Arbeitgeber, für die Suche von Zweiradparkplätzen bei stark frequentierten Einrichtungen
6. Einbezug der Zweiradparkplatzsituation bei Überbauungsordnungen

Bern, 29. Oktober 2009

Motion Fraktion GFL/EVP (Daniel Klauser/Nadia Omar, GFL), Peter Künzler, Conradin Conzetti, Tania Espinoza, Susanne Elsener, Barbara Streit-Stettler, Daniela Lutz-Beck, Manuel C. Widmer, Rania Bahnan Buechi

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Einleitend möchte der Gemeinderat darauf hinweisen, dass die Fraktion GFL/EVP (Nadia Omar/Daniel Klauser, GFL) am 4. Juni 2009 bereits eine Interpellation mit gleichem Titel und ähnlichem Inhalt eingereicht hat. Mit SRB 580 vom 29. Oktober 2009 hat sich die Interpellantin mit der Antwort des Gemeinderats teilweise zufrieden erklärt.

Die Förderung des umwelt- und stadtverträglichen Veloverkehrs ist in der Verkehrspolitik der Stadt Bern gut verankert. So hält der Gemeinderat in seinen Legislaturrichtlinien 2009 - 2012 fest, dass die Stadt Bern den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr als Hauptträger der Mobilität stärkt (Ziel 3.1: Bern ist weiterhin führend als Klima- und Ökostadt, Massnahme 2). Ziel ist es, den Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen zu steigern und damit die vom Verkehr verursachten CO₂-Emissionen zu reduzieren. Demgegenüber soll der motorisierte Individualverkehr (also auch der Anteil des Motorradverkehrs) reduziert werden.

Zur Förderung des umwelt- und stadtverträglichen Zweiradverkehrs gehört auch die Bereitstellung von Abstellplätzen bei der Quelle und beim Ziel der Fahrten. Bei der Planung solcher Angebote spielen unter anderem die in der Motion erwähnten Punkte eine wichtige Rolle. Soweit die Bereitstellung von Abstellplätzen überhaupt in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand fällt, liegt die Festlegung dieses Angebots in der Kompetenz des Gemeinderats. Er beantragt deshalb dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 7. April 2010

Der Gemeinderat